Aus dem Ortsgemeinderat

Am 12.12.2014 fand in Hallschlag, im Dorf- und Gemeinschaftshaus, unter Vorsitz von Ortsbürgermeister Dirk Weicker eine öffentliche und anschließend nichtöffentliche Sitzung des Ortsgemeinderates der Ortsgemeinde Hallschlag statt.

Aus der öffentlichen Sitzung:

Festsetzung der Brennholzpreise für das Haushaltsjahr 2015

Sachverhalt:

Im Rahmen des Forstwirtschaftsplanes 2015 müssen die Brennholzpreise festgesetzt werden. Da seitens der Forstverwaltung kein Vertreter an dem Sitzungstermin teilnehmen kann und der Forstwirtschaftsplan erst in der Sitzung im Januar beschlossen werden soll, müssen die Brennholzpreise getrennt vom Forstwirtschaftsplan 2015 beschlossen werden.

Bisher gilt folgende Regelung:

Laubholz, lang an den Weg gerückt:	49 €/fm
Laubholz, aufgesetzt:	80 €/rm
Abgabemenge max.:	4 fm/rm je Haushalt
Nadelholz:	Abgabe zum Preis von 38 €/fm

Beschluss:

Der Ortsgemeinderat trifft folgende neue Regelungen bezüglich der Brennholzpreise für das Haushaltsjahr 2015:

Laubholz, lang an den Weg gerückt:	49 €/fm
Laubholz, aufgesetzt:	Preis auf Anfrage
Abgabemenge max.:	3 fm/rm je Haushalt
Nadelholz:	Preis auf Anfrage

Spende(n) zu Gunsten der Ortsgemeinde Hallschlag- Genehmigung nach § 94 Abs. 3 Satz 5 Gemeindeordnung

Sachverhalt:

Mit dem Landesgesetz zur Änderung kommunal- und dienstrechtlicher Vorschriften vom 21.12.2007 hat der Landesgesetzgeber die Annahme und Einwerbung von Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen im § 94 Absatz 3 der Gemeindeordnung (GemO) geregelt.

Durch die Änderung von § 24 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) vom 06. April 2010 findet § 94 Abs. 3 GemO erst dann Anwendung, wenn das Angebot der Zuwendung im Einzelfall die Wertgrenze von 100 Euro übersteigt; dies gilt nicht in Zweifelsfällen und sobald die Summe der Einzelzuwendungen eines Gebers in einem Haushaltsjahr diese Wertgrenze übersteigt.

Nach § 94 Absatz 3 Satz 5 GemO obliegt dem Rat die Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen.

Dabei ist nach den Handlungsempfehlungen des Ministeriums des Innern und für Sport vom 18.06.2008 zur Wahrung des Transparenzgebotes eine Behandlung der Angelegenheit in öffentlicher Sitzung vorzunehmen, wobei in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt werden kann, wenn der Geber aus berechtigtem Interesse um vertrauliche Behandlung seines Namens gebeten hat.

Beschluss:

Nach ausführlicher Beratung genehmigt der Ortsgemeinderat die in der Anlage aufgeführten

Spende(n).

Aus der nichtöffentlichen Sitzung

In der nichtöffentlichen Sitzung wurde über Grundstücksangelegenheiten beraten und beschlossen.